A-04 (EHM D-05)

Abschluss der Sondierungsgespräche mit der Union mit der Option, Koalitionsverhandlungen für eine schwarz-grüne Minderheitsregierung einzugehen.

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

42. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
25. November 2017, Berlin

Antragsteller*in:	Frithjof Rittberger (Tübingen KV)
Tagesordnungspunkt:	A Aussprache Bundestagswahl

Die Bundesdelegiertenkonferenz möge beschließen: Das Sondierungsteam zur Aufnahme von Koalitionsverhandlungen soll die bereits begonnenen und am 19.11.2017 von der FDP verlassenen Sondierungsgespräche mit den Unionsparteien zum Abschluss bringen und dadurch eine Grundlage für die Aufnahme von Koalitionsverhandlungen schaffen. Über die Aufnahme von Koalitionsverhandlungen mit dem Ziel einer Minderheitsregierung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU/CSU entscheidet zeitnah die nächste Bundesdelegiertenkonferenz, über die Annahme des Koalitionsvertrags wird per Mitgliederentscheid entschieden. Parallel dazu sollen Gespräche mit der SPD zur Tolerierung einer stabilen Regierung geführt werden.

Begründung

Da die inhaltlichen Grundlagen und die politische Bereitschaft von Unionsparteien und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nach wie vor eine gemeinsame Regierungsbildung ermöglichen, andere Optionen aber derzeit ausgeschlossen werden, soll diese Chance zugleich auch als Wählerauftrag zur Regierungsbildung wahrgenommen werden. Neuwahlen können am Ende dieses Bemühens stehen, sollten aber nicht von vorneherein zur Aufgabe der gegebenen Möglichkeiten verleiten.

Begründung der Dringlichkeit:

Nachdem in den Jamaika-Sondierungen bis zum 19.11. eine Einigung knapp bevorstand und die verbleibenden Gesprächspartner BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Unionsparteien CDU/CSU dies auch nach dem Ausscheiden der FDP weiter betonten, halten wir Antragsteller*innen es für dringlich, den greifbar nahen Verhandlungserfolg zu sichern. Insbesondere die Ziele im Bereich Klimaschutz, Verkehr, Landwirtschaft, aber auch das vereinbarte Rüstungsexportverbot an kriegführende Länder dulden aus unserer Sicht keinen Aufschub und sind nur erreichbar, wenn wir unsere Möglichkeiten im Rahmen des gegebenen Wählerauftrags nutzen. Das hart erarbeitete Vertrauen und die Kompromissbereitschaft der Unionsparteien sollte genutzt werden, bevor sie wieder zugunsten anderer politischer Konstellationen ohne grüne Ziele verloren gehen. Wie sehr die Zeit drängt, hat nicht zuletzt die jüngste Klimakonferenz in Bonn gezeigt.

weitere Antragsteller*innen

Inka Bofinger (Bodenseekreis KV); Beate Schmidt-Dickopf (Frankfurt KV); Uwe Janssen (Esslingen KV); Sabine Hebbelmann (Odenwald-Kraichgau KV); Diana Siebert (Köln KV); Thomas Glowacki (Köln KV); Maximilian Ruta (Köln KV); Lino Klevesath (Göttingen KV); Clemens Breest (Wetterau KV); Anne-Monika Spallek (Coesfeld KV); Michael Gwosdz (Hamburg-Altona KV); Jürgen Eiselt (Frankfurt KV); Daniel te Vrugt (Münster KV); Jan Rinke (Münster KV); Walter Otte (Berlin-Friedrichshain/ Kreuzberg KV); Dieter Schöffmann (Köln KV); Jürgen Roth (Bonn KV); Barbara Poneleit (Forchheim KV); Claudia Reinke (Herzogtum Lauenburg KV)